

Vortrag: Die Aufnahme der Heimatvertriebenen in den Landkreisen Schwäbisch Gmünd und Aalen

Meine Damen und Herren,

mein heutiger Vortrag beschäftigt sich mit einer Zeit, die das Gesicht unserer Städte und Gemeinden, die Struktur unserer Arbeitswelt, die religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung und auch unsere Alltagskultur geprägt hat wie keine andere. Am Anfang stand damals der Zusammenbruch, wenn sie so wollen die Katastrophe des Kriegsendes, ja wie viele sagen, die Stunde „Null“ und am Schluss der Geschichte stehen gleich zwei Wunder.

Ich möchte heute diese Nachkriegszeit mit der Ankunft, Unterbringung und Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen aus einem für sie neuen Blickwinkel betrachten. Es ist der Blickwinkel der beiden Landkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd mit zum Teil noch unveröffentlichtem Material aus dem Kreisarchiv.

Lassen Sie mich mit einem Zitat aus der berühmten Rede Richard v. Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes beginnen:

„Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen ist noch lange nach dem 8. Mai bitteres Leid und schweres Unrecht widerfahren. Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und auch das offene Herz.

Aber es gab alsbald auch große Zeichen der Hilfsbereitschaft. Viele Millionen Flüchtlinge und Vertriebene wurden aufgenommen. Im Laufe der Jahre konnten sie neue Wurzeln schlagen. Ihre Kinder und Enkel bleiben auf vielfache

Weise der Kultur und der Liebe zur Heimat ihrer Vorfahren verbunden. Das ist gut so, denn das ist ein wertvoller Schatz in ihrem Leben.

Sie haben aber selbst eine neue Heimat gefunden, in der sie mit den gleichaltrigen Einheimischen aufwachsen und zusammenwachsen, ihre Mundart sprechen und ihre Gewohnheiten teilen. Ihr junges Leben ist ein Beweis für die Fähigkeit zum inneren Frieden. Ihre Großeltern oder Eltern wurden einst vertrieben, sie jedoch sind jetzt zu Hause.

Früh und beispielhaft haben sich die Heimatvertriebenen zum Gewaltverzicht bekannt. Das war keine vergängliche Erklärung im anfänglichen Stadium der Machtlosigkeit, sondern ein Bekenntnis, das seine Gültigkeit behält. Gewaltverzicht bedeutet, allseits das Vertrauen wachsen zu lassen, dass auch ein wieder zu Kräften gekommenes Deutschland daran gebunden bleibt.“ Zitat Ende.

Wie sahen die Dinge nun vor Ort aus? Uns liegen sehr genaue Zahlen der Transporte für beide Landkreise vor, allerdings scheint es, dass die Leute damals - und das begreiflicherweise - von den Ereignissen derart überrollt waren, dass kein einziger als Chronist der Ereignisse tätig war. Man muss also, abgesehen von den Berichten der Zeitzeugen, schon etwas suchen um hier fündig zu werden. Eine bisher noch nicht genutzte aber zum Teil ergiebige Quelle sind die Protokolle der Kreisratssitzungen der beiden Rechtsvorgänger unseres Ostalbkreises, der Landkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd.

Der Kreisrat unter Vorsitz des Landrats war damals so etwas wie der beschließende Ausschuss des Kreistages, der sich mindestens einmal im Monat traf und neben dem Landrat und kraft Amtes dem Oberbürgermeister der

Kreisstadt Schwäbisch Gmünd aus weiteren fünf, später sieben Mitgliedern des Kreistages bestand.

Die Sitzungen wurde akribisch protokolliert und allein die Niederschriften des Kreisrats von Schwäbisch Gmünd umfassen für die Zeit vom 21.05.1946 bis zum 30.11.1953 über 1.100 maschinengeschriebene DIN A4 Seiten. Neben vielen Personal- und verwaltungstechnischen Vorgängen ist auch immer wieder die „Flüchtlingsproblematik“ Gegenstand der Beratungen.

Aus den Aalener Protokollen erfährt man z.B. dass der Landkreis Aalen damals ein weitgehend landwirtschaftlich strukturiertes Gebiet mit 65 Gemeinden und einer Infrastruktur war, die wir uns heute in dieser Form so nicht mehr vorstellen können. So waren z.B. in den 50er Jahren nur 67 % unserer Gemeinden ausreichend mit Wasser versorgt. Noch 1957 waren von den 300 Kilometern Kreisstraßen nur 35 % asphaltiert und mit Stand zum 31.12.1946 gab es im Landkreis Aalen gerade mal 1663 Fahrzeuge (bei 82000 Einwohnern) die sich an 11 Tankstellen mit Treibstoff versorgen konnten, soweit dieser überhaupt zur Verfügung stand.

Die Verhältnisse im Krankenhauswesen waren ähnlich. In Aalen z.B. konnte man die Versorgung mit Krankenbetten schlichtweg nur als katastrophal bezeichnen.

Das war die Ausgangslage für das Eintreffen der großen Flüchtlingsströme. Der Kreis Aalen musste vergleichsweise viele Heimatvertriebene aufnehmen, weil hier die Kriegszerstörungen moderater waren und so kamen alle 10 Tage Züge mit 1000 – 1200 Menschen an, die kaum noch Hab- und Gut hatten und die vielfach bei der Vertreibung schreckliches erlebt hatten. Sehr schnell mussten

diese Menschen auf die Gemeinden verteilt werden, den Transport regelte das Landratsamt und vor Ort waren die Bürgermeister mit der Aufnahme und Einquartierung beschäftigt. Es liegt auf der Hand, das dabei angesichts der Zahlen – im seitherigen Wohnraum von 82.000 Menschen mussten jetzt zusätzlich noch 32.000 Vertriebene untergebracht werden – Probleme nicht ausblieben. Dennoch ist den Aufzeichnungen zu entnehmen, dass in keinem einzigen Fall die Militärregierung eingeschaltet werden musste.

Weiter erfahren wir vom dramatischen Fehlen von Textilien, von fehlendem Baumaterial, im Jahr 1946 von einem großen Problem bei der Kartoffelversorgung, im Jahr 1948 zusätzlich von einer großen Wildschweineplage im Landkreis Aalen, aber auch von den Bemühungen des Landkreises und seiner Gemeinden ehrgeizige Bauprogramme aufzulegen. So entstanden in Aalen ganz neue Stadtviertel wie z.B. der Pelzwäsen und die Siedlung beim Grauleshof. Auch in Ellwangen war die Entwicklung ähnlich, dort wurde die sogenannte Rotkreuzsiedlung förmlich aus dem Boden gestampft. In Schwäbisch Gmünd entstand ebenfalls eine neue „Trabantenstadt“, der Stadtteil Rehnenhof.

Wie ernst die Lage noch 1950 war, erfahren wir aus einer Erklärung, die der Schwäbisch Gmünder Landrat Konrad Burkhardt am 13. Dezember 1950 vor dem Kreisrat abgab:

„Ich kämpfe seit über einem halben Jahr gegen die Aufnahme illegaler Grenzgänger. Der Landkreis Aalen hat die stärkste, der Landkreis Schwäbisch Gmünd die zweitstärkste Belegung im ganzen Land Württemberg-Baden. An dritter Stelle liegt Heidenheim. Es gibt Landkreise, die 23 %, während wir bereits 48 % Bevölkerungszuwachs haben. Ich habe mich geweigert und dem

Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen berichtet, dass die Aufnahme weiterer Flüchtlinge nicht verlangt, mindestens aber verschoben werden soll. Daraufhin wurde der Termin vom 1. auf den 15. Dezember 1950 festgelegt. Zu diesem Zeitpunkt sollte die Quote abgenommen werden. Ich habe mich dagegen verwahrt und war bereit, nur wenn die Unterlagen sämtlicher Landkreise vorliegen und die Landkreise, die bisher weniger belastet wurden die entsprechende Zuteilung erhalten haben, weitere Zugänge aufzunehmen. Wenn ich die Unterlagen nicht bekomme, nehme ich keine Flüchtlinge mehr auf. Gleichzeitig habe ich berichtet, dass der Staatsbeauftragte sich ja mit dem Innenministerium als meiner Dienstaufsichtsbehörde ins Benehmen setzen und das Nötige veranlassen könne. Im Prinzip kann ich nicht nachgeben. Wenn es nicht anders geht, werde ich diese Frage vor das Verwaltungsgericht bringen. Ich kann nicht zugeben, dass wir in einem Recht benachteiligt werden. Wir waren im Jahre 1946 und 1947 sehr aufgeschlossen für die Aufnahme der Flüchtlinge. Man darf diese Aufgeschlossenheit aber nicht missbrauchen. Ich habe erklärt, dass ich mich auch nicht scheue, mit der Angelegenheit in die Öffentlichkeit zu gehen.

Der Kreisrat ist mit der Haltung des Vorsitzenden in dieser Angelegenheit einstimmig einverstanden.“ Zitat Ende

Schon 9 Jahre später, in der ersten Kreisbeschreibung von 1959, berichtet Landrat Burckhardt dann rückblickend:

„Die wohnungsmäßige Unterbringung der nach 1945 aufzunehmenden etwa 30.000 Menschen darf im Allgemeinen als gelungen bezeichnet werden. Einschließlich des Bauprogramms 1957 wurden im Kreisgebiet seit 1945 insgesamt 10.285 Wohnungen neu geschaffen, was allerdings zu einer ungeahnten räumlichen Ausdehnung verschiedener Städte und Gemeinden

führte, mit all den Sorgen und Unzulänglichkeiten auf allen Gebieten, die bei solch rascher Entwicklung nicht zu vermeiden waren. Alle öffentlichen Einrichtungen, vom Kindergarten angefangen bis zum Friedhof, wurden zu klein. Die Abdeckung des restlichen Wohnungsfehlbestands wird wohl in den nächsten paar Jahren vollends gelingen. Bei den öffentlichen Einrichtungen, wie Schulen, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung u. ä. wird trotz der bisherigen großen Leistungen noch eine größere Zeitspanne nötig sein, um die Rückstände aufzuholen.

Die wirtschaftliche Eingliederung der durch ein hartes Schicksal zu uns gekommenen Menschen war genau so wichtig wie die wohnungsmäßige. Auch hier wurde das Bestmögliche getan und erreicht, wobei allerdings der landwirtschaftlichen Eingliederung auf Grund der gegebenen Situation enge Grenzen gesetzt waren. Trotz allem konnten aber bis Ende 1957 insgesamt 4 Vollbauernstellen geschaffen, 144 Nebenerwerbs-Siedlungen errichtet sowie eine Anzahl Hofübernahmen vermittelt werden.

Für die meisten dieser heimatlos gewordenen Menschen galt es, Arbeitsstellen im industriellen Sektor zu schaffen, soweit dies nicht über den Aufbau ihrer eigenen Betriebe möglich war. Gerade mit letzteren hatten wir **dank der Initiative und Arbeitsfreudigkeit** der betreffenden Leute guten Erfolg. Es gelang die Ansiedlung einer größeren Gruppe aus dem **Gablonzer Raum**, die bei uns einen guten Ansatzpunkt fand. Heute sind allein über 130 selbständige *Gablonzer Betriebe* im Gange und im Wachsen. Mit der Glaserzeugung und Glasveredelung kam ein völlig neuer Industriezweig in unser Gebiet. Neben der Ansiedlung einer größeren Anzahl sonstiger Betriebe und der Ausweitung der altansässigen Unternehmen konnten die benötigten Arbeitsplätze geschaffen werden. Wenn sich dabei das Schwergewicht des

Aufbaues auch auf die Kreisstadt konzentrierte, gelang es doch, eine ganze Anzahl z. T. recht bedeutsamer Betriebe in verkehrsgünstig gelegenen Landgemeinden unterzubringen. Etwa zwei Drittel aller Kreisgemeinden sind heute mit mehr oder weniger großen Industriebetrieben ausgestattet.

Von der Gesamtbevölkerung sind 36.521 = 38,3 % unselbständig Erwerbstätige, von denen 19.336 auf Industriebetriebe über 10 Arbeitskräfte (ohne Bau- und Versorgungsbetriebe) entfallen, die bei 36,5 Mio. im Jahre 1957 geleisteten Arbeitsstunden DM 62,3 Mio. Löhne bezogen und 374 Mio. DM Umsatz erzielten. Von den unselbständig Erwerbstätigen hatten 14.842 ihren Arbeitsplatz nicht am Wohnort, 11.919 pendelten innerhalb des Kreisgebiets und 2.923 nach außerhalb, denen 1.503 Hereinpendler aus anderen Kreisen gegenüberstehen. Es gilt also noch einige tausend Arbeitsplätze zusätzlich zu schaffen. Das nötige Baugelände kann bereitgestellt werden.“ Zitat Ende.

In der ersten Kreisbeschreibung des Landkreises Aalen berichtete Landrat Dr. Anton Huber im Rückblick zunächst auf die 1938 durchgeführte und lange Zeit umstrittene Kreisreform:

Noch schwerere Stürme (als die Kreisreform und Kreiszusammenlegung) sind über das Land hinweggegangen und gemeinsame Aufgaben haben unsere ganze Kraft in Anspruch genommen. Ein Drittel der Bevölkerung des Landkreises sind Heimatvertriebene und Flüchtlinge, deren neue Heimat von Anfang an der Landkreis Aalen war. Auch haben alle Menschen bis zum 30. Lebensjahr kaum mehr eine innere Beziehung zu dem früheren Zustand. Trotz aller noch vorhandenen Spannungen hat sich ein echtes Zusammengehörigkeitsgefühl aller Menschen unseres Landkreises herausgebildet. Adler und Mitra im Wappen des Landkreises Aalen sind ebenso

ein Bekenntnis zu der Tradition der einzelnen Bestandteile des Landkreises wie eine Bekundung des Willens, ihre Eigenart zu einer neuen Gemeinsamkeit zusammenwachsen zu lassen.

Bereits in einer Schrift aus dem Jahr 1955 hatte er wie folgt formuliert:

„Wenn nun alles besser ging, als wir hoffen durften, wenn die Wohnungsnot erfolgreich bekämpft, die Existenznot weitgehend behoben wurde und wir uns als Brüder und Schwestern vertragen, verstehen und auch lieben lernten, so kann eine solche Feststellung nur mit tief empfundenem Dank ausgesprochen werden.“ Zitat Ende.

Aus heutiger Sicht ist dem hinzuzufügen:

Unser Respekt gilt der überwältigenden Leistung der damaligen Menschen und unsere Erinnerung den vielen Opfern. Die Aufnahme und Integration der Heimatvertriebenen ist die große historische Leistung im Deutschland des 20. Jahrhunderts.

Die Integration ist gelungen, unsere Aufgabe heute ist es, diese Geschehnisse und diese Leistungen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Meine Damen und Herren, ich habe eingangs gesagt, dass am Anfang der Zusammenbruch stand, und am Schluss der Geschichte gleich zwei Wunder stehen.

Die zwei Wunder sind:

Die gelungene Integration schon nach 10 Jahren

und Mitte der 50er Jahre das bundesdeutsche Wirtschaftswunder.

Am Zustandekommen der beiden Wunder haben die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge einen großen Anteil gehabt. Dieses Wirtschaftswunder darf man auch mit Fug und Recht als Grundlage für die Entwicklung unserer heutigen Infrastruktur, unserer heutigen Gesellschaft und damit auch unseres im Vergleich mit den 50er Jahren großen Wohlstandes sehen.